

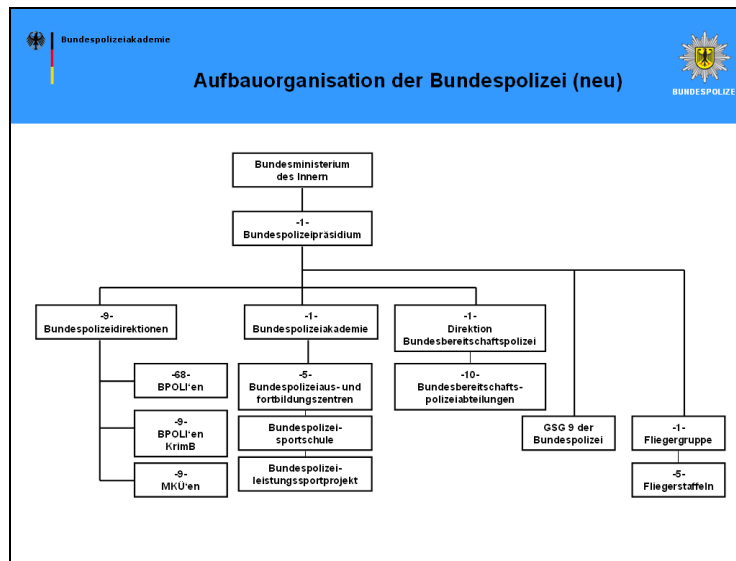
RECHTSRAHMEN ZUR ERHEBUNG, VERARBEITUNG UND NUTZUNG PERSONENBEZOGENER DATEN DURCH DIE BUNDESPOLIZEI ZUR AUFGABENERFÜLLUNG UNTER BESONDERER BETRACHTUNG DER POLIZEILICHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NACHBARSTAATEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

1. Aufbauorganisation und Kernaufgaben der Bundespolizei

Die Bundespolizei ist eine Polizei im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern. Sie verfügt über sonderpolizeiliche Zuständigkeiten und wurde mit Wirkung zum 1. März 2008 neu strukturiert. Gründe für die Neuorganisation waren insbesondere:

- der weit gehende Wegfall systematischer Grenzkontrollen nach dem Wegfall der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien sowie ggf. zur Schweiz
- das Erfordernis hoher polizeilicher Präsenz insbesondere an Flughäfen und Bahnhöfen vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohungen
- das Erfordernis der Entlastung der Regelorganisation vor dem Hintergrund zunehmender Auslandsverwendungen der Bundespolizei
- das Erfordernis, vor dem Hintergrund knapper Ressourcen die Effektivität und Effizienz der Organisation zu steigern.

Die Aufbauorganisation der Bundespolizei ergibt sich seit dem 1. März 2008 aus dem Schaubild.



Die Kernaufgaben der Bundespolizei bestehen in

- grenzpolizeilichen Aufgaben; dies beinhaltet die polizeiliche Überwachung der Grenzen, die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs sowie im Grenzgebiet die Abwehr von Gefahren, die die Sicherheit der Grenze beeinträchtigen
- bahnpolizeilichen Aufgaben; hierbei geht es auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes darum, Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren, die den Benutzern, den Anlagen oder dem Betrieb der Bahn drohen (externe Gefahren) oder die beim Betrieb der Bahn entstehen oder von den Bahnanlagen ausgehen (betriebsbezogene Gefahren)
- Luftsicherheitsaufgaben; dies beinhaltet den Schutz vor Angriffen auf die Sicherheit des Luftverkehrs, insbesondere die Verhinderung von Flugzeugentführungen, Sabotageakten und terroristischen Anschlägen.

2. Definitionen

Obwohl die EG-Datenschutzrichtlinie (Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr vom 24. Oktober 1995 – 95/46/EG) nach Art. 3 Abs. 2 nicht auf Verarbeitungen anwendbar ist, welche die Sicherheit des Staates oder Tätigkeiten des Staates in strafrechtlichen Angelegenheiten berühren, enthält sie in ihrem Art. 2 Abs. 1 eine Definition des Begriffes „personenbezogene Daten“ der europa- und völkerrechtlich weitgehend übernommen wurde.

Nach Art. 2 lit. a) der Richtlinie sind personenbezogene Daten alle Informationen über eine bestimmte oder bestimmbar natürliche Person; als bestimmbar wird eine Person angesehen, die direkt oder indirekt identifiziert werden kann, insbesondere durch Zuordnung zu einer Kennnummer oder zu einem oder mehreren spezifischen Elementen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind.

Hierzu gehören neben den klassischen Personalien einer Person auch Merkmale oder Gegenstände, die indirekt einen Bezug zu einer Person geben können (z.B. das Kfz-Kennzeichen zum Kfz-Halter, die Passnummer zum Passinhaber).

Nach Art. 2 lit. b) der Richtlinie beschreibt die Verarbeitung personenbezogener Daten jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Speichern, die Organisation, die Aufbewahrung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Benutzung, die Weitergabe durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, die Kombination oder die Verknüpfung sowie das Sperren, Löschen und Vernichten.

Verarbeitung ist mithin ein Oberbegriff für alle im polizeilichen Bereich relevanten Phasen im Umgang mit personenbezogenen Daten.

Als internationale polizeiliche Zusammenarbeit soll die gemeinsame Anlassbewältigung von Polizeibehörden verstanden werden durch rechtlich zulässigen und

die öffentlichen Sicherheit bzw. der Ermittlung oder Strafverfolgung dienenden Austausch von Informationen und/oder Leistung von unterstützenden Maßnahmen.

In den folgenden Ausführungen soll ausschließlich die Zusammenarbeit in Form des Gewinnens und des Austausches personenbezogener Informationen beleuchtet werden.

Art. 8 Abs. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) schützt das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Eingriffe in dieses Recht sind Grundrechtseingriffe, die auf der Basis des Art. 8 Abs. 2 EMRK einer gesetzlichen Legitimation bedürfen.

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁴³⁶ geht darüber hinaus. Nach Art. 8 hat jede Person das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten. Diese dürfen nur nach Treu und Glauben für festgelegte Zwecke und mit Einwilligung der betroffenen Person oder alternativ auf einer sonstigen gesetzlich geregelten, legitimen Grundlage verarbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund beschreibt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung die Befugnis, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung der eigenen Daten zu entscheiden.

3. Systematik anzuwendender Rechtsvorschriften zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit mit ausgewählten Beispielen

Im Rahmen der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit sind unterschiedliche Interaktionsebenen zu beachten. Einerseits kommt es bei der Zusammenarbeit zu Interaktionen zwischen zwei oder mehreren Staaten, die grds. europa- bzw. völkerrechtlicher Legitimation bedürfen. Dabei ist anzumerken, dass völkerrechtliche Verträge grundsätzlich die Rechtsbeziehungen der Vertrag schließenden Staaten zueinander, nicht jedoch automatisch das Rechtsverhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern festschreiben.

Andererseits ist der Umgang, insbesondere die Speicherung oder Übermittlung personenbezogener Daten regelmäßig ein Grundrechtseingriff gegenüber denjenigen, deren Daten verarbeitet werden; auch dieser Eingriff bedarf einer gesetzlichen Legitimation.

Bei der Frage nach der Systematik anzuwendender Rechtsvorschriften zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit kommt der Klassifizierung der Zusammenarbeit hinsichtlich der Zweckbestimmung eine entscheidende Bedeutung zu.

Hieraus ergibt sich folgende Prüfsystematik:

a) Erfolgt durch die Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung? Soweit diese Frage negiert wird, handelt es sich nicht um eine datenschutzrelevante polizeiliche Zusammenarbeit⁴³⁷.

⁴³⁶ Charta der Grundrechte der Europäischen Union, ABl. 2000 Nr. C 364/1

⁴³⁷ Vor dem Hintergrund der Zielrichtung von Datenschutzbestimmungen, Personen vor Beeinträchtigungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes durch den Umgang mit personenbezogenen Daten zu schützen, erfolgt an dieser Stelle keine Darstellung zu rechtlichen und verwaltungsinternen Erfordernissen hinsichtlich einer grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit, bei der keine personenbezogenen Daten erhoben, verarbeitet oder genutzt werden.

b) Zu welchem Zweck erfolgt die Zusammenarbeit? Denkbare Zweckbestimmungen im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung durch die (Grenz-)Polizei können insbesondere die Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten sowie die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und/oder Ordnung (einschließlich der Verhütung von Straftaten) sein. Dabei ist grundsätzlich zwischen polizeilicher Zusammenarbeit im Einzelfall und solchen Kooperationen, die auf Dauer angelegt sind bzw. besondere Formen der polizeilichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen, zu unterscheiden. Bedeutsam ist auch die Frage, ob es sich bei der Zusammenarbeit um eine zwischenstaatliche oder um eine Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Organisationen (z.B. IKPO – INTERPOL) handelt.

c) Existieren unmittelbar anzuwendende Rechtsvorschriften des Europarechtes? Beispielhaft können hier Rechtsakte betreffend die Datenverarbeitung bei EUROPOL oder die Verordnung (EG) Nr. 2725/2000 des Rates vom 11.12.2000; EURODAC-VO genannt werden.

d) Existiert für die Zusammenarbeit im Rahmen der festgestellten Zweckbestimmung eine völkerrechtliche Vereinbarung? Falls ja, handelt es sich um eine Vereinbarung, auf deren Grundlage in Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingegriffen werden darf; oder handelt es sich um europarechtliche Rechtsakte ergänzende Vereinbarungen?

e) Lassen nationale Rechtsvorschriften die Zusammenarbeit entsprechend der definierten Zweckbestimmung zu?

In Anlehnung an die zuvor dargestellte Systematik ergeben sich für die unterschiedlichen denkbaren Zweckbestimmungen folgende Beispiele:

Für den Bereich der Gefahrenabwehr oder der Verhütung von Maßnahmen könnten u.a. folgende Maßnahmen erforderlich werden:

- Aktenauskunft und/oder Übermittlung personenbezogener Daten zur Vorbereitung auf bevorstehende, ggf. grenzüberschreitende Polizeieinsätze
- Fahndung nach vermissten Personen
- Identifizierung unbekannter/verstorbener Personen.

Der Rechtsrahmen könnte daher wie folgt beschrieben werden:

- Art. 39 ff. SDÜ
- bilaterale Polizeiverträge (teils eigenständig, teil die Bestimmungen SDÜ ergänzend), sofern als eigenständige Eingriffsermächtigung verwendbar
- nationale Regelungen des Verwaltungsrechtes.

Eine weitere denkbare Zweckbestimmung wäre die Verfolgung von Straftaten. Dabei wären beispielsweise folgende Maßnahmen denkbar:

- Fahndung
- Personenfeststellung
- Mitteilung von Erkenntnissen aus polizeilichen Unterlagen und Erteilung von sonstigen Auskünften
- Halterfeststellung und Fahrerermittlung
- Feststellung von Telefonanschlussinhabern

- Spurenabklärung
- polizeilichen Vernehmung
- Ermittlung der Aussagebereitschaft von Personen

Der entsprechende Rechtsrahmen wäre beispielhaft zu beschreiben durch:

- Europäisches Rechtshilfeübereinkommen vom 20.04.1959 mit Modifizierungen
- Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957 mit Modifizierungen
- Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der EU vom 29.05.2000 (Abl. C 197/2000 vom 12.7.2000)
- Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl
- einzelne Bestimmungen des SDÜ (z.B. Art. 95 SDÜ)
- bilaterale Verträge zur Erleichterung und Vereinfachung der polizeilichen und der justiziellen Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten.

4. Kompensation des Wegfalls der Schengen-Binnengrenzkontrollen im nationalen polizeilichen Befugnisrecht

Kernpunkt der Überlegungen im Zusammenhang mit der Schengen-Kooperation ist die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen und die Verlagerung der Grenzkontrollen an die Außengrenzen.

Zur Vermeidung von Sicherheitsdefiziten aufgrund des Wegfalls der Binnengrenzkontrollen wurden durch die Vertragsstaaten sog. Ausgleichsmaßnahmen beschlossen. Im Wesentlichen handelt es sich – unter datenschutzrechtlicher Betrachtung – um Maßnahmen zur

- Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit⁴³⁸,
- Beschleunigung und Erleichterung der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen,
- Einrichtung eines gemeinsamen elektronischen Fahndungssystems (SIS)

Nach dem Wegfall der Grenzkontrollen zu Polen und zu Tschechien sind für Deutschland Außengrenzkontrollen grundsätzlich nur noch an den See- und Flughäfen sowie (noch) an der Grenze zur Schweiz relevant.

Nach Art. 20 der Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.03.2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex – SGK) dürfen die Binnengrenzen unabhängig von der Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen an jeder Stelle ohne Grenzkontrollen überschritten werden.

Die Abschaffung der Binnengrenzkontrollen berührt jedoch nicht Kontrollen innerhalb des Hoheitsgebietes im Sinne des Art. 21 SGK. Kontrollmaßnahmen auf der Grundlage nationaler Befugnisse durch die zuständigen Behörden sind weiterhin auch im Grenzgebiet zulässig, sofern die Ausübung dieser Befugnisse nicht die gleiche Wirkung entfaltet wie Grenzkontrollen. Die Maßnahmen dürfen nicht die Qualität von

⁴³⁸ Die Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit soll insbesondere durch die Möglichkeit des polizeilichen Rechtshilfeverkehrs, das Einräumen des Rechtes auf grenzüberschreitende Observation und grenzüberschreitende Nacheile, die Verbesserung der Telekommunikation, die Einführung eines allgemeinen Informationsaustausches sowie durch den Einsatz von Verbindungsbeamten erfolgen.

Ersatzkontrollen haben, müssen stichprobenartig konzipiert sein und müssen sich eindeutig von systematischen Grenzkontrollen unterscheiden.

Der deutsche Gesetzgeber hat der Bundespolizei Befugnisse gegeben, die sich an diesen Vorgaben orientieren und Kontrollen im Grenzgebiet – teilweise im gesamten Bundesgebiet - zulassen, die hinsichtlich ihrer tatbestandlichen Voraussetzung kurz dargestellt werden sollen.

Gem. § 22 Abs. 1a des Bundespolizeigesetzes (BPolG) kann die Bundespolizei zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreisen jedermann in Zügen und auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes sowie auf Anlagen oder Einrichtungen eines Verkehrsflughafens mit grenzüberschreitendem Verkehr kurzzeitig anhalten, befragen und verlangen, dass mitgeführte Ausweispapiere oder Grenzübergangspapiere zur Prüfung ausgehändigt werden, sowie mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen. Die befragte Person ist verpflichtet, Namen, Vornamen, Tag und Ort der Geburt, Wohnanschrift und Staatsangehörigkeit anzugeben. Verstöße hiergegen stellen eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis zu 1000,- € geahndet werden kann.

Im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern (Seegrenze 50 Kilometer) kann die Bundespolizei außerdem gem. § 23 Abs. 1 Nr. 3 BPolG zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise sowie zur Verhütung grenzbezogener Straftaten die Identität einer Person feststellen. Zudem können – korrespondierend zu der Vorschrift über die Identitätsfeststellung – Sachen gem. § 44 Abs. 2 BPolG durchsucht werden.

Eine weitere Norm des BPolG stellt eine europarechtliche Umsetzung dar. Die Richtlinie 2004/82/EG vom 29.04.2004 über die Verpflichtung von Beförderungsunternehmen, Angaben über die beförderten Personen zu übermitteln, dient ausweislich des Erwägungsgrundes 1 der Verbesserung einer wirksamen Bekämpfung illegaler Einwanderung sowie der Grenzkontrollen.

Die Richtlinie wurde durch den Bundesgesetzgeber mit Änderung des BPolG vom 22.12.2007 umgesetzt. Nunmehr sind Luftfahrtunternehmen, die Fluggäste über eine Schengen-Außengrenze befördern verpflichtet, dem Bundespolizeipräsidium auf Anordnung die in Art.3 der zuvor genannten Richtlinie aufgeführten Daten zu übermitteln. Verstöße gegen die Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis zu 50.000,- € geahndet werden kann.

**SZEMÉLYES ADATOK GYŰJTÉSÉNEK, FELDOLGOZÁSÁNAK ÉS
HASZNÁLATÁNAK JOGI KERETEI A NÉMET SZÖVETSÉGI RENDŐRSÉGNÉL
KÜLÖNÖS TEKINTETTEL A NÉMET SZÖVETSÉGI KÖZTÁRSASÁG
SZOMSZÉDOS ORSZÁGAIVAL FOLYTATOTT RENDŐRI EGYÜTTMŰKÖDÉSRE**

1. A Szövetségi Rendőrség felépítése és legfontosabb feladatai

A Szövetségi Rendőrség a Szövetségi Belügyminisztériumhoz tartozó rendőrség. Különleges rendőri feladatokkal rendelkezik és 2008. március 1. óta új szervezettel rendelkezik. Az átszervezés okai elsősorban

- a szisztematikus határellenőrzés széleskörű megszűnése a lengyel, cseh, valamint adott esetben a svájci határellenőrzés megszűnése után,
- a magas szintű rendőri jelenlét szükségessége különösen a repülőtereken és pályaudvarokon a terrorfenyegettség miatt,
- a hagyományos szervezet tehermentesítésének szükségessége a Szövetségi Rendőrség növekvő külföldi kiküldetései miatt,
- a rendelkezésre álló szűk források miatt a szervezet hatékonyságának növelése.

A Szövetségi Rendőrség legfőbb feladatai:

- Határrendészeti feladatok; ez tartalmazza a határok rendészeti felügyeletét, a határátlépő forgalom rendészeti ellenőrzését, valamint a határterületen belül minden olyan veszély elhárítását, amelyek a határ biztonságát veszélyeztetik.
- Vasútrendészeti feladatok; itt a Német vasúton belül arról van szó, hogy a közbiztonságra és közrendre irányuló veszélyeket elhárítsák, amelyek a vasút használóit, a vasút berendezéseit vagy a vasút rendjét veszélyeztetik (külső veszélyforrások), illetve a vasút üzemeltetése során vagy a vasúti berendezések miatt keletkeznek (üzemeltetéssel kapcsolatos veszélyforrások).
- Légi biztonsági feladatok; ez tartalmazza a légi forgalom biztonságának támadásoktól való védelmét, különösen a repülőgépetlétérítések, szabotázsakciók és terrorista merényletek megakadályozását.

2. Definíciók

Habár az EK- adatvédelmi irányvonala 3. cikk 2. bek. szerint (Az Európai Parlament és a Tanács 95/46/EK irányelve (1995. október 24.) a személyes adatok feldolgozása vonatkozásában az egyének védelméről és az ilyen adatok szabad áramlásáról) nem alkalmazható olyan feldolgozásokra, amelyek az állam biztonságát vagy az állam tevékenységét büntetőjogi eseményekben érintik, a 2. cikkely 1. bekezdésében szerepel egy

definíció a „személyes adatokkal“ kapcsolatban, amelyet európaszerte a nemzetközi jogban széleskörűen átvettek.

Az irányvonal 2. cikk a) pontja szerint személyes adat az azonosított vagy azonosítható természetes személyre vonatkozó bármely információ; az azonosítható személy olyan személy, aki közvetlen vagy közvetett módon azonosítható, különösen egy azonosító számmal vagy a személy fizikai, fiziológiai, szellemi, gazdasági, kulturális vagy társadalmi identitására vonatkozó egy vagy több tényezőre történő utalás révén. Egy személy klasszikus személyi adatain kívül olyan jegyek vagy tárgyak tartoznak ide, amelyek egy személyhez közvetve kapcsolódnak (pl. a gépjármű üzemeltetőjének gépkocsi rendszáma, az útlevelel tulajdonosának útleveleszáma).

Az irányvonal 2. cikk b) pontja leírja, hogy a személyes adatok feldolgozása a személyes adatokon automatikus vagy nem automatikus módon végzett bármely művelet vagy műveletek összessége, azaz gyűjtés, rögzítés, rendszerezés, tárolás, átalakítás vagy megváltoztatás, visszakeresés, betekintés, felhasználás, közlés továbbítás, terjesztés vagy egyéb módon történő hozzáférhetővé tétel révén, összehangolás vagy összekapcsolás, zárolás, törlés illetve megsemmisítés. A feldolgozás következképp egy gyűjtőfogalom a személyes adatok kezelésének fázisaira vonatkozóan a rendőrségi területen belül.

Nemzetközi rendőri együttműködés alatt a rendőri hivatalok közös problémamegoldását kell érteni, olyan információk cseréjét és/vagy támogató intézkedések teljesítését, amelyek jogilag megengedettek és a közbiztonságot illetve a nyomozást vagy büntetőjogi eljárást szolgálják.

A következőkben az együttműködést kizárólag a személyes információk cseréjéről és a kapott értékek oldaláról közelítjük meg. Az Európai Emberi Jogi Konvenció (EMRK) 8. cikkének 1. bekezdése védi a privát- és családi élet tiszteletben tartásának jogát. Az ezen jogba történő beavatkozások az alapvető szabadságjogokba történő beavatkozások, amelyek az EMRK 8. cikk, 2. bek. alapján törvényi legitimitációt szükségeltetnek.

Az Európai Unió⁴³⁹ Alapjogi Chartája túlmegy ezen. A 8. cikk szerint minden személynek joga van a rá vonatkozó személyes adatok védelméhez. Az ilyen adatokat csak tisztességesen és jóhiszeműen, meghatározott célokra, az érintett személy hozzájárulása alapján vagy valamilyen más, a törvényben rögzített jogos okból lehet kezelni. Ez okból kifolyólag az információs önrendelkezésre vonatkozó jog kimondja, mindenkinek joga van ahhoz, hogy a személyes adatainak kiadásáról és alkalmazásáról saját maga döntsön.

3. Az alkalmazandó jogi előírások rendszere a határon átnyúló rendőri együttműködésnél kiválasztott példák alapján

A nemzetközi rendőri együttműködés keretén belül különböző interakciós szinteket kell figyelembe venni. Egyrészt az együttműködés során két vagy több állam interakciójáról van szó, amelyek európa- illetve nemzetközi jogi legitimitációt igényelnek. Itt meg kell említeni, hogy a nemzetközi jogi szerződések alapvetően az egymással szerződést kötő államok jogi viszonyait rögzítik, s nem pedig automatikusan a polgárok jogi viszonyát. Másrészt a személyes adatok kezelése, különösen az adatmentés vagy -továbbítás rendszerint az alapvető jogokba történő beavatkozás a feldolgozandó adatok tulajdonosa ellen, s így ennek a beavatkozásnak is törvényes legitimitációra van szüksége.

⁴³⁹ Az Európai Unió alapjogainak kartája, ABl. 2000 Nr. C 364/1

A határon átnyúló rendőri együttműködés során alkalmazandó jogi előírások rendszerénél az együttműködést a célmeghatározás szerint csoportosítjuk, s ez döntő jelentőséggel bír. Itt az alábbi vizsgálati módszerről van szó:

a) A személyes adatok gyűjtésével, feldolgozásával és használatával beleavatkozunk-e az információs önrendelkezés jogába? Amíg ezt a kérdést tagadjuk, addig nem lehet szó adatvédelem szempontjából fontos rendőri együttműködésről⁴⁴⁰.

b) Mely célból történik az együttműködés? Elképzelhető célmeghatározások a (határ)rendészet feladatain belül elsősorban bűnüldözés vagy szabálysértések figyelemmel kísérése, valamint a közbiztonság és/vagy közrend elleni veszélyek elhárítása (beleértve a bűncselekményekkel szembeni megelőzést is). Itt alapvetően meg kell különböztetnünk a különleges esetekbeni rendőri együttműködést és az olyan kooperációkat, amelyek hosszútávúak illetve a határon átnyúló rendőri együttműködés különleges formáit képviselik. Fontos az a kérdés is, hogy az együttműködés során államok közti vagy nemzetközi szervezetek (pl. IKPO – INTERPOL) keretein belül történő együttműködésről van-e szó.

c) Léteznek-e az Európai Jognak közvetlenül alkalmazandó jogi előírásai? Példaként itt meg lehet említeni az EUROPOL adatfeldolgozásra vonatkozó jogi aktáját vagy a Tanács 2725/2000-es számú rendelkezését (EK) 2000.12.11-i dátummal; illetve az EURODAC-VO-t.

d) A kitűzött célok keretén belül létezik az együttműködéssel kapcsolatban nemzetközi jogi szabályozás? Ha igen, akkor egy olyan megállapodásról van-e szó, amely alapján az állampolgárok alapvető jogaiba be szabad avatkozni, vagy az Európai Jogi Aktát kiegészítő megállapodásokról van-e szó?

e) A nemzeti szabályozások a meghatározott célkitűzés alapján engedélyezik-e az együttműködést?

A fent vázolt rendszerre támaszkodva a különböző célmeghatározásokra az alábbi példákat lehet említeni.

A veszélyelhárítás vagy a bűncselekmények megakadályozása terén mindenekelőtt a következő intézkedések szükségesek:

- aktainformációk és/vagy a személyes adatok továbbítása az előttünk álló, adott esetben határon túlnyúló rendőri bevetés előkészítéséhez,
- eltűnt személyek elleni körözés,
- ismeretlen/elhunyt személyek azonosítása.

A jogi kereteket így az alábbiak szerint lehet meghatározni:

- Schengeni Végrehajtási Egyezmény 39. cikk ff.,
- bilaterális rendőri szerződések (részben önállóan, részben a rendelkezéseket SDÜ kiegészítve), amennyiben önálló beavatkozási felhatalmazás alkalmazható,
- a közigazgatási jog nemzeti szabályozásai.

⁴⁴⁰ Az adatvédelmi rendelkezések azon célját szem előtt tartva, hogy a személyeket az általános személyiségi jogaikban a személyes adatok kezelése kapcsán megóvjuk, nem mutatjuk itt be jogi és belső igazgatási szükségességet a határon átnyúló rendőri együttműködésnek, amely során nem gyűjtenek, nem dolgoznak fel vagy nem használnak személyes adatokat.

További lehetséges célkitűzés lenne a bűnüldözés. Itt a következő intézkedéseket lehet elképzelni:

- körözés,
- személyek elfogása
- ismeretek közlése rendőrségi anyagokból és egyéb információk rendelkezésre bocsátása,
- üzembentartó utáni körözés és vezető utáni nyomozás,
- telefon tulajdonosának megállapítása,
- nyomtisztázás,
- személyek tanúvallomási készségének közvetítése.

A megfelelő jogi keretet a következő példákkal lehetne meghatározni:

- Európai Jogi Segítségnyújtási Egyezmény (1959.04.20.) módosításokkal,
- Európai Kiadatási Egyezmény (1957.12.13.) módosításokkal,
- Jogi Segítségnyújtási Egyezmény büntetőjogi ügyekben az EU tagállamai között (2000.05.29.) (Abl. C 197/2000, 2000.07.12-i dátummal),
- Európai letartóztatási parancssal kapcsolatos keretmegállapodás,
- A Schengeni Végrehajtási Egyezmény egyes rendelkezései (pl. a Sch. Végr. Egy. 95. cikke),
- bilaterális szerződések a rendőri és jogi segítségnyújtás megkönnyítése és egyszerűsítése érdekében büntetőjogi ügyekben.

4. A schengeni belső határellenőrzések megszüntetésének kompenzációja a nemzeti rendészeti jogkörben

A schengeni együttműködéssel kapcsolatos megfontolások középpontjában a belső határellenőrzés megszüntetése áll, valamint a határellenőrzés eltolása a külső határokra. A belső határellenőrzés megszüntetése miatt a biztonsági hiányosságok elkerülése érdekében a szerződő államok ún. kompenzáló intézkedéseket hoztak. Itt lényegében – adatvédelemjogi szempontból – az alábbi intézkedésekről van szó:

- a rendőri együttműködés javítása⁴⁴¹,
- a nemzetközi jogi segítségnyújtás gyorsítása és könnyítése büntetőjogi ügyekben
- közös elektronikus körözési rendszer létrehozása (SIS).

A lengyelországi és csehországi határellenőrzések megszüntetésével Németország számára a külső határok alapvetően már csak a tengeri kikötőkben és reptereken, valamint (még) a svájci határokon jelentősek.

Az Európai Parlament és Tanács 562/2006/EK rendelete (2006. március 15.) a személyek határátlépésére irányadó szabályok közösségi kódexének létrehozásáról (Schengeni határellenőrzési kódex) szól, s ezen rendelet 20. cikke szerint a belső határokat a

⁴⁴¹ A rendőri együttműködés javításában döntő jelentőséggel bír mindenekelőtt a rendőri jogi segítségnyújtás lehetősége, a határon túlnyúló megfigyelések jogainak meghatározása, a határon túlnyúló követések, a telekommunikáció javítása, egy általános információcsere bevezetése, valamint összekötő tisztek bevetése.

személyek állampolgárságuktól függetlenül bármely helyen határellenőrzés nélkül átléphetik.

A belsőhatárellenőrzés megszüntetése nem érinti a felségterületen belüli ellenőrzéseket a Schengeni határellenőrzési kódex 21. cikke értelmében. A nemzeti hatáskör alapján végzett ellenőrző intézkedések, amelyeket a felelős hivatalok végeznek, a határterületen továbbra is megengedettek, amennyiben ezen jogkörök gyakorlásának nem ugyanaz a hatása, mint a határellenőrzéseknek. Az intézkedéseknek nem szabad kiegészítő ellenőrző hatással rendelkezniük, szűrőpróbaszerűen kell véghezvinni őket és egyértelműen különbözniük kell a rendszeres határellenőrzésektől.

A német törvényhozók a Szövetségi Rendőrség kezébe olyan hatásköröket adtak, amelyek ezen elvek mentén működnek és olyan ellenőrzéseket engedélyeznek a határterületen – részben az egész Német Szövetségi Köztársaság területén -, amelyeket az alábbiakban szeretnék röviden bemutatni.

A Szövetségi Rendőrségi Törvény (BpolG) 22§ 1. bek. szerint a Szövetségi Rendőrség az illegális beutazás elkerülése érdekében a vonatokon és a vasút területén belül, valamint azokon a repülőtereken, amelyek határon túlnyúló forgalmat bonyolítanak le rövid ideig megállíthatja az utasokat, kikérdezheti őket és kérheti, hogy a náluk lévő igazolványokat vagy határátlépő dokumentumokat ellenőrzés végett nyújtsák át, valamint a náluk lévő tárgyakat szemrevételezhetik. A megkérdezett személy köteles a családnevét, keresztnévét, születési idejét és helyét, lakcímét és állampolgárságát megadnia. Az ez ellen való vétség szabálysértést jelent, amely akár 1000 Euro-ig terjedő pénzbírsággal sújtható.

A Szövetségi Rendőrség ezenkívül a határterületen 30 km-es mélységig (tengeri határnál 50 km) a Szövetségi Rendőrségi Törvény 23§ 1. bekezdés 3. száma szerint az illegális beutazás megakadályozása, valamint a határt érintő bűncselekmények elkerülése érdekében személyazonosítást végezhet. Ezen túlmenően – a személyazonosítási előírással összhangban – a személyes tárgyakat is át lehet vizsgálni a Szövetségi Rendőrségi Törvény 44§ 2. bek. szerint.

A Szövetségi Rendőrségi Törvény egy másik normája egy európai jogi megvalósítást mutat be. A Tanács (2004.04.29.) a fuvarozóknak az utasokkal kapcsolatos adatok közlésére vonatkozó kötelezettségéről szóló irányelve kizárólag azt a cél szolgálja, hogy az illegális bevándorlás elleni küzdelem hatékonyabb legyen, illetve a határellenőrzés javuljon.

Az irányelvet a szövetségi törvényhozók a Szövetségi Rendőrségi Törvény 2007.12.22-i dátumú módosításával elfogadták. Így azok a légi fuvarozók, akik a schengeni külső határokon túl szállítanak utasokat, kötelezik magukat, hogy a Szövetségi Rendőrség Elnöksége számára a fent említett irányelv 3. cikke szerint meghatározott adatokat rendelkezésre bocsátják. Ezen rendelkezés elleni vétség szabálysértést jelent, amely 50.000 Euro-ig terjedő pénzbírsággal sújtható.